

Niederschrift

über die Sitzung (öffentlicher Teil)
des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung
am Mittwoch, **26.06.2013**, 17:15 Uhr - 19:22 Uhr,
Hauptausschusszimmer, Stadtweinhaus, Prinzipalmarkt 8-9, 48143 Münster

Anwesend waren:

von der CDU-Fraktion

Gilbert Aldejohann, Peter Frings (bis 19.38 Uhr), Richard-Michael Halberstadt, Franziskus-Pius Graf von Merveldt, Christian Moll, Dieter von den Berg, Peter Wolfgarten,

von der SPD-Fraktion

Beanka Ganser, Elke Haves, Thomas Kollmann, Doris Lammert, Petra Seyfferth,

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL

Dr. Petra Dieckmann, Dirk Guddorf (bis 18.25 Uhr), Otto Reiners, Jörg Rostek, Harald Wölter (ab 19.09 Uhr),

von der FDP-Fraktion

Gisela Geschkewitz, Dietmar Uhlenbrock,

auf Vorschlag der Fraktion DIE LINKE.

Barbara Wagstaff,

Sachkundige Einwohner/innen

Hedwig Chudziak, Yildirim Eroglu, Otmar Knüvener,

von der Verwaltung

Stadtrat Thomas Paal, Dagmar Arnkens-Homann, Edgar Brey, Klaus Ehling, Felix Graf von Plettenberg, Heinz Lembeck, Gabriele Regenitter, Dr. Anna Ringbeck, Doris Rüter, Marcus Schölling, Dr. med. Norbert Schulze Kalthoff, Peter Voß,

für die Schriftführung

Frank Treutler,

Es fehlten:

Joachim Bruns, Birgit Edler, Dr. Brigitte Hasenjürgen, Gabriele Markerth, Dr. Gabriele Peus-Bispinck, Gregor Ridder, Martin Schofer, Barbara Stober (alle waren abgemeldet),

nichtöffentlicher Sitzungsteil

siehe Niederschrift über die Sitzung (nichtöffentlicher Teil) des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung am 26.06.2013

Tagesordnung**Öffentliche Sitzung**

- | | |
|--------------------------|---|
| | 1. Einführung und Verpflichtung neuer Mitglieder |
| | 2. Festsetzung der Tagesordnung |
| | 3. Eingänge und Mitteilungen |
| | 3.1. Eingänge |
| | 3.2. Mitteilungen |
| | 4. Anträge und Anfragen von Mitgliedern des Ausschusses |
| <u>V/0439/2013</u>
V | 5. Leitbild "Grundsätze der Zusammenarbeit zwischen der Stadt Münster und den freien Trägern in der Sozial-, Jugend- und Gesundheitshilfe" |
| | 6. Berichte des Jobcenters |
| <u>V/0445/2013</u>
V | 6.1. Basisinformationen des Jobcenter Münster
Berichtsmonat Januar 2013 (Kennzahlen)
Berichtsmonat Mai 2013 (Statistikinformationen) |
| | 6.2. Anfrage des cuba vom 19.04.2013: Arbeitsvermittlung in eigener Trägerschaft der Stadt Münster |
| <u>V/0420/2013</u>
V | 7. Öffentlich geförderte Beschäftigung für Langzeitleistungsbeziehende in Münster (Modellprojekt des Landes NRW) |
| <u>V/0365/2013</u>
IV | 8. Zukünftige Ausrichtung arbeitsmarktbezogener Maßnahmen bei der Volkshochschule Münster |
| <u>V/0108/2013</u>
V | 9. Männergesundheit |

<u>V/0388/2013</u> IV	10.	Schulsozialarbeit im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepakets (BUT)
<u>V/0125/2013</u> V	11.	Münster auf dem Weg zur inklusiven Stadt: Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention
	12.	Nachhaltige kommunale Haushaltspolitik - Handlungsprogramm 2012 bis 2017
<u>V/0411/2013</u> II	12.1.	Handlungsprogramm 2012 bis 2017 - 1. Projektbericht zur Umsetzung (Auszug Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung)
<u>V/0424/2013</u> II	12.2.	Handlungsprogramm 2012 bis 2017 - Bestandsaufnahme zu Standards und Richtlinien (Auszug Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung und Integrationsrat)
<u>V/0406/2013</u> V	12.3.	Bericht über die Arbeit der Beratungsstelle Persönliches Budget der Landesarbeitsgemeinschaft Selbsthilfe NRW e.V. u.a.: Prüfergebnis zur Maßnahme Nr. 221 aus dem Handlungsprogramm 2012 bis 2017 (Teil 2) zur nachhaltigen kommunalen Haushaltspolitik
<u>V/0418/2013</u> V	12.4.	Nachhaltige kommunale Haushaltspolitik - Handlungsprogramm 2012 bis 2017 (Teil 2); Prüfergebnis betr. Maßnahmevorschlag Nr. 220
<u>V/0440/2013</u> V	13.	Münster-Pass: Aktuelle Kostenentwicklung und zukünftige Finanzierung
	14.	Verschiedenes

Herr Aldejohann eröffnete um 17:15 Uhr die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung und stellte die ordnungsgemäße Einberufung und Beschlussfähigkeit fest.

Punkt 1 der Tagesordnung

Einführung und Verpflichtung neuer Mitglieder

Zu verpflichtende Mitglieder waren nicht anwesend.

Punkt 2 der Tagesordnung

Festsetzung der Tagesordnung

Frau Ganser regte an, die unter TOP 8 vorgesehene Vorlage in der heutigen Sitzung zu beraten, aber ohne Beschlussfassung in den Hauptausschuss zu schieben. Mit dieser Maßgabe wurde die Tagesordnung einvernehmlich wie vorgesehen festgesetzt.

Punkt 3 der Tagesordnung**Eingänge und Mitteilungen****Punkt 3.1 der Tagesordnung****Eingänge**

Keine.

Punkt 3.2 der Tagesordnung**Mitteilungen**

Herr Stadtrat Paal

- 3.2.1** berichtete, dass die Pflege- und die Gesundheitskonferenz in ihrer gemeinsamen Sitzung am 19.06.2013 Handlungsempfehlungen zur Optimierung der ambulanten ärztlichen Versorgung in stationären Pflegeeinrichtungen der Altenhilfe sowie zum Entlassungsmanagement (Patientenüberleitung) betraten und verabschiedet hätten; die weitere Umsetzung in der Praxis werde von beiden Gremien begleitet und koordiniert. Ferner sei das von der Zahnärztekammer Westfalen entwickelte Konzept „Gesund beginnt im Mund“ vorgestellt worden, das sich mit Zahngesundheitsprophylaxe für ältere Menschen in der stationären Pflege befasse. In den anschließenden separaten Sitzungen habe die Gesundheitskonferenz den Rettungsdienstbedarfsplan erörtert, die Beratungsthemen der Pflegekonferenz seien die Ausbildung in der Altenpflege sowie der diesjährige Pflegebericht gewesen;
- 3.2.2** verwies auf die bundesweite Woche der Wiederbelebung vom 16.-22.09.2013, in deren Rahmen Münster eine der Schwerpunktstädte sein werde.
- 3.2.3** Herr Dr. Schulze Kalthoff berichtete, dass die Bezirksregierung die Stadt Münster im Zusammenhang mit der Krankenhausplanung über die geplante Schließung der gynäkologischen Abteilung der Raphaelsklinik (31 Betten) informiert habe. Die Geburtshilfeabteilung sei bereits zum 01.09.2006 aus dem Krankenhausplan herausgenommen worden. Die Verhandlungen der Klinik mit der AG der Verbände der Krankenkassen seien im Ergebnis im Konsens abgeschlossen worden. Die kommunale Gesundheitskonferenz könne gem. § 14 Krankenhausgestaltungsgesetz NRW bis zum 10.07.2013 eine Stellungnahme abgeben. Die Verwaltung sehe kein Erfordernis, eine Stellungnahme abzugeben.

Frau Arnkens-Homann

- 3.2.4** skizzierte die Überlegungen der Verwaltung im Zusammenhang mit der Ausschreibung der Trägerschaft für die neue Flüchtlingseinrichtung in Roxel; ihre Ausführungen sind der Niederschrift als Anlage beigefügt – **Anlage 1**.
- 3.2.5** informierte den Ausschuss über Änderungen im leistungsrechtlichen Themenzusammenhang ‚angemessene Leistungen für die Unterkunft‘. Nachdem aufgrund des Urteils des Bundessozialgerichts vom 16.05.2012 (B 4 AS 109/11 R) aufgrund der Neubestimmung der angemessenen Wohnflächen die Richtwerte für angemessene Kosten zum 01.09.2012 bereits angepasst worden seien, erhöhten sich die Richtwerte aufgrund der Werte des zum 01.04.2013 in Kraft getretenen Mietspiegels erneut. Beide Faktoren zusammen führten zu höheren Richtwerten, die, sofern leistungsrechtlich maßgebliche Gründe für höhere Kosten im Einzelfall nicht vorliegen, den Umfang angemessener Unterkunftskosten nach Haushaltsgröße begrenzten. Je nach Haushaltsgröße erhöhten

sich die Richtwerte um 8 und 77 € pro Haushalt. Frau Arnkens-Homann wies darauf hin, dass die Richtwerte die Orientierungsgröße für die Bewertung konkreter Kosten im Einzelfall betreffen, ihre Erhöhung daher keine lineare Zunahme der insgesamt aufzubringenden Finanzmittel erzeugen könne. Sie verwies ferner auf das Urteil des Bundessozialgerichts vom 22.08.2012 (B 14 AS 13/12 R), aufgrund dessen eine pauschale Erhöhung der angemessenen Wohnflächengrenze für Alleinerziehende nicht zulässig sei; höhere Werte seien im Einzelfall angezeigt, sofern die Abweichung aufgrund jeweils individueller Besonderheiten erforderlich sei. Über die Konsequenzen für die Rechtsanwendung in Münster habe die Verwaltung mit örtlichen Trägern, die Interessen Alleinerziehender wahrnehmen, gesprochen und mit ihnen Kriterien erarbeitet, die eine individuelle Prüfung ermöglichen;

- 3.2.6** verwies auf die Statistik ‚Leistungen für Bildung und Teilhabe (BuT), Stand: 31.05.2013‘, die den Mitgliedern vorlag.

Punkt 4 der Tagesordnung	Anträge und Anfragen von Mitgliedern des Ausschusses
---------------------------------	---

Frau Regenitter beantwortete die den Mitgliedern vorliegende Anfrage der SPD-Fraktion vom 11.06.2013: Leiharbeiter in Kinderhaus-Brüningheide. Die Antworten sind der Niederschrift beigefügt – **Anlage 2**.

Punkt 5 der Tagesordnung V/0439/2013	Leitbild "Grundsätze der Zusammenarbeit zwischen der Stadt Münster und den freien Trägern in der Sozial-, Jugend- und Gesundheitshilfe"
---	--

Herr Stadtrat Paal erläuterte den Anlasszusammenhang der Vorlage. Soweit die Mitglieder keine Einwände haben, schlage er vor, dass Herr Oberbürgermeister Lewe das Leitbild in der vorgelegten Fassung für die Stadt Münster unterzeichnet. Gegen den Vorschlag gab es keine Einwände.

Frau Dr. Dieckmann merkte an, sie gehe davon aus, dass den Beziehungen zwischen der Stadt und der verbandlichen Wohlfahrtspflege in sozialen Aufgabenfeldern auf lokaler Ebene ungeachtet des Leitbilds keine Exklusivität zukomme.

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung nahm die Vorlage zur Kenntnis.

Punkt 6 der Tagesordnung	Berichte des Jobcenters
---------------------------------	--------------------------------

Punkt 6.1 der Tagesordnung V/0445/2013	Basisinformationen des Jobcenter Münster Berichtsmonat Januar 2013 (Kennzahlen) Berichtsmonat Mai 2013 (Statistikinformationen)
---	--

Herr Schölling erläuterte die Vorlage und beantwortete Nachfragen der Mitglieder.

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung nahm die Vorlage zur Kenntnis.

Punkt 6.2 der Tagesordnung**Anfrage des cuba vom 19.04.2013: Arbeitsvermittlung in eigener Trägerschaft der Stadt Münster**

Die Anfrage des cuba sowie die Antwort des Jobcenters lagen den Mitgliedern vor und sind der Niederschrift beigelegt – **Anlage 3**.

Im Verlauf der ausführlichen Erörterung beantworteten Herr Stadtrat Paal und Herr Schölling Nachfragen der Mitglieder.

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL beantragte Herr Reiners:

Die Verwaltung prüft, wie eine Ausschöpfung des Eingliederungsbudgets von 100 % ermöglicht werden kann. Das finanzielle Risiko wird ermittelt.

Für die SPD-Fraktion empfahl Frau Ganser, mit Blick auf die erforderliche Zeit für eine Meinungsbildung über den Antrag nicht in der heutigen Sitzung zu entscheiden.

Herr Stadtrat Paal stellte daraufhin für die kommende Sitzung eine Vorlage in Aussicht, die das Anliegen aufbereiten werde.

Gegen den Vorschlag erhoben die Mitglieder keine Einwände. Herr Reiners zog seinen Antrag zurück.

**Punkt 7 der Tagesordnung
V/0420/2013****Öffentlich geförderte Beschäftigung für Langzeitleistungsbeziehende in Münster (Modellprojekt des Landes NRW)**

Herr Stadtrat Paal erläuterte die Vorlage, die vorbehaltlich weiterer noch nicht geregelter Einzelheiten zunächst eine städtische Teilnahme an dem Modellprojekt dem Grunde nach empfehle, um eine sorgfältige Vorbereitung zu gewährleisten.

Im Verlauf der Erörterung begründeten mehrere Mitglieder die gegenwärtige Position ihrer Fraktion gegenüber dem Entscheidungsvorschlag der Vorlage. Herr Stadtrat Paal beantwortete Nachfragen der Mitglieder.

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung schloss sich mit 16 Fürstimmen (CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen/GAL), 2 Gegenstimmen (FDP) und einer Enthaltung dem Beschlussvorschlag der Vorlage an und empfahl dem Hauptausschuss sowie dem Rat:

I. Sachentscheidung:

1. Der Rat der Stadt Münster befürwortet die Teilnahme an dem beabsichtigten Programm des Landes zur öffentlich geförderten Beschäftigung.
2. Die Verwaltung wird beauftragt entsprechende Antragsverfahren nach Vorliegen der Förderrichtlinien einzuleiten bzw. soweit diese durch Träger der Freien Wohlfahrtspflege beabsichtigt sind, zu begleiten.
3. Die Stadt Münster ist bereit kommunale Mittel (Kosten der Unterkunft) aus dem Bereich der Grundsicherung für Arbeit (SGB II) für die Integration insbesondere von Langzeitleistungsbeziehenden und –beziehern im Rahmen des o.g. Programms einzusetzen. Dafür werden 91.900,-- € pro Jahr der Projektlaufzeit zur Verfügung gestellt. Diese sind aus

den Kosten der Unterkunft zu finanzieren (eingesparte Mittel von bis zu 72.000,-- €, Passiv-Aktiv-Transfer, und 19.900,-- € Wegfall der Bundesbeteiligung).

4. Sofern aufgrund der landesseitig noch nicht bekanntgegebenen Förderrichtlinien weitere Beschlussfassungen notwendig werden, sind diese nachträglich zu fassen.

II. Finanzielle Auswirkungen:

Die zur Finanzierung erforderlichen Mittel werden überwiegend durch den Passiv-Aktiv-Transfer bei den Kosten der Unterkunft aufgebracht.

Punkt 8 der Tagesordnung V/0365/2013

Zukünftige Ausrichtung arbeitsmarktbezogener Maßnahmen bei der Volkshochschule Münster

Herr Ehling erläuterte die Vorlage. Im Verlauf der Aussprache beantworteten Frau Dr. Ringbeck und er Nachfragen der Mitglieder.

Daraufhin beschloss der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung einstimmig:

Die Vorlage wird ohne Beschlussfassung geschoben.

Punkt 9 der Tagesordnung V/0108/2013

Männergesundheit

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung nahm die Vorlage zur Kenntnis.

Punkt 10 der Tagesordnung V/0388/2013

Schulsozialarbeit im Rahmen des Bildungs- und Teilhhabepakets (BUT)

Für die SPD-Fraktion beantragte Frau Seyfferth:

Die Berichtsvorlage wird um folgende Beschlusspunkte ergänzt:

1. Der Rat der Stadt Münster begrüßt die Initiativen des Deutschen Städtetags und des Bundesrates zur Fortsetzung der Finanzierung der zusätzlichen Schulsozialarbeit im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepakets über das Jahr 2013 hinaus.
2. Die Stadt Münster wird sich bei der Bundesregierung für eine Fortsetzung der Finanzierung der seit 2011 im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepakets geschaffenen Schulsozialarbeiterstellen einsetzen. Der Rat der Stadt Münster formuliert die Erwartung an den Bundesgesetzgeber, dass die geschaffenen Stellen in unverändertem Umfang fortgeführt und finanziert werden.

Im Verlauf der Erörterung beantworteten Herr Stadtrat Paal und Herr Voß Nachfragen der Mitglieder.

Den Antrag der SPD-Fraktion lehnte der Ausschuss mit 5 Fürstimmen (SPD), 9 Gegenstimmen (CDU, FDP) und 4 Enthaltungen (Bündnis 90/Die Grünen/GAL, auf Vorschlag der DIE LINKE. Ratsgruppe entsandtes Mitglied) ab.

Die Vorlage nahm der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung zur Kenntnis.

**Punkt 11 der Tagesordnung
V/0125/2013**

Münster auf dem Weg zur inklusiven Stadt: Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention

Frau Ganser avisierte zur Ratssitzung einen Ergänzungsantrag der SPD-Fraktion. Frau Dr. Dieckmann empfahl, die Vorlage ohne Beschlussfassung zu schieben.

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung beschloss daraufhin einstimmig:

Die Vorlage wird ohne Beschlussfassung geschoben.

Punkt 12 der Tagesordnung

Nachhaltige kommunale Haushaltspolitik - Handlungsprogramm 2012 bis 2017

**Punkt 12.1 der Tagesordnung
V/0411/2013**

Handlungsprogramm 2012 bis 2017 - 1. Projektbericht zur Umsetzung (Auszug Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung)

Nach kurzer Aussprache nahm der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung die Vorlage zur Kenntnis.

**Punkt 12.2 der Tagesordnung
V/0424/2013**

Handlungsprogramm 2012 bis 2017 - Bestandsaufnahme zu Standards und Richtlinien (Auszug Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung und Integrationsrat)

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung nahm die Vorlage zur Kenntnis.

**Punkt 12.3 der Tagesordnung
V/0406/2013**

**Bericht über die Arbeit der Beratungsstelle Persönliches Budget der Landesarbeitsgemeinschaft Selbsthilfe NRW e.V.
u.a.: Prüfergebnis zur Maßnahme Nr. 221 aus dem Handlungsprogramm 2012 bis 2017 (Teil 2) zur nachhaltigen kommunalen Haushaltspolitik**

Die Schnellmeldung über den Beschluss der Kommission zur Förderung der Inklusion von Menschen mit Behinderung lag den Mitgliedern vor.

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung nahm die Vorlage zur Kenntnis.

**Punkt 12.4 der Tagesordnung
V/0418/2013**

Nachhaltige kommunale Haushaltspolitik - Handlungsprogramm 2012 bis 2017 (Teil 2); Prüfergebnis betr. Maßnahmevorschlag Nr. 220

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung nahm die Vorlage zur Kenntnis.

**Punkt 13 der Tagesordnung
V/0440/2013****Münster-Pass: Aktuelle Kostenentwicklung und
zukünftige Finanzierung**

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung nahm die Vorlage zur Kenntnis.

Punkt 14 der Tagesordnung**Verschiedenes**

Keine Wortmeldungen.

gez.
Gilbert Aldejohann
Vorsitz

gez.
Frank Treutler
Schriftführung